

Zusammenfassende Auswertung: Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2014

Landesfrauenrat Sachsen e.V.

Einleitung

Am 31. August 2014 wird ein neuer sächsischer Landtag gewählt. Aus diesem Anlass entwickelte der Landesfrauenrat Sachsen e.V. Wahlprüfsteine aus frauen- und geschlechterpolitischer Sicht. Die Wahlprüfsteine sollen helfen, die Positionen der Parteien vergleichen zu können und ihre Ziele besser zu beurteilen. Sie sind ein gutes Mittel, um die eigene Wahlentscheidung zu prüfen. Insgesamt werden sieben frauenpolitische Themenfelder angesprochen: Repräsentanz von Frauen in der Politik, eigenständige Existenzsicherung und Gleichstellung am Arbeitsmarkt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gesundheit und Pflege, Durchsetzung tatsächlicher Geschlechtergleichstellung in Politik und Verwaltung, Förderpolitik und Rollenbilder.

Bisher haben SPD, CDU, AfD, Freie Wähler, Die Linke, Die Piraten, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP diese Wahlprüfsteine beantwortet.

1) Repräsentanz von Frauen in der Politik

Bis auf die SPD und Die Linke haben die angefragten Parteien vereinzelt oder keine Angaben über den Frauenanteil ihrer Partei, auf der Landesliste und bei den Direktkandidaten gemacht. Die CDU, FDP und Bündnis 90 /Die Grünen gaben keine Begründungen für die Nichtnennung an. Auffällig ist, dass Die Linke ihre Listen nahezu paritätisch mit Frauen besetzt haben.

2) Eigenständige Existenzsicherung und Gleichstellung von Frauen

Die Verbesserung der Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Bekämpfung der Altersarmut, die Lage der Alleinerziehenden und die Frage nach einer Frauenquote nehmen bis auf Bündnis 90/Die Grünen (keine Angaben) bei allen Parteien eine hohe bis sehr hohe Priorität ein. Neben den vom Landesfrauenrat genannten Maßnahmen werden von den Parteien weitere Schritte genannt wie z.B. Zurückdrängung des Niedriglohnssektors (SPD), die Einführung eines Mindestlohns bzw. des unabhängigen Grundeinkommens (SPD, Die Piraten) und die Abschaffung des Ehegattensplittings. Bis auf die AfD und den Freien

Wählern sprechen sich alle Parteien für eine Frauenquote aus, wenn auch mit variierender Prozentzahl.

3) Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die vom Landesfrauenrat aufgeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden von allen Parteien begrüßt. Lediglich die SPD und AfD machten hierzu keine Angaben. Als weitere Schritte wurde insbesondere das Recht auf Teilzeit, auch für Männer (FDP), und auf Rückkehr zur Vollzeit genannt. Betont wurden weiterhin der Ausbau von Kitas (CDU, Die Piraten, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke), Familienfreundlichkeit von Unternehmen und Verwaltung (Die Linke) und die Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle (Die Piraten, Bündnis 90/Die Grünen).

4) Gesundheit und Pflege

Die Schaffung bzw. Stärkung von Angeboten zur Gesundheitsförderung und die gesellschaftliche bzw. finanzielle Aufwertung sozialer Arbeit genießt bis auf einzelne Abweichungen (SPD) eine hohe Priorität. Mit Ausnahme der FDP spricht sich ein Großteil der Parteien dafür aus, hierfür entsprechende Maßnahmen zu ergreifen ohne jedoch weitere Details oder konkretere Vorschläge zu nennen. Lediglich die Linke fordert mit Blick auf die demographische Entwicklung Sachsens explizit eine gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung sozialer Berufe.

5) Durchsetzung tatsächlicher Geschlechtergleichstellung in Politik und Verwaltung

Ein deutlich geteiltes Echo zwischen den Parteien ergab sich bei der Frage nach der Durchsetzung tatsächlicher Geschlechtergleichstellung in der Politik und Verwaltung. Während die CDU, FDP, AfD und die Freien Wählern Gender Mainstreaming, Gender Budgeting und die Bestellung hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragter sehr kritisch bis ablehnend gegenüberstehen, befürworten die SPD, die Piraten, die Linke und Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich die Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen innerhalb der Politik und Verwaltung.

6) Förderpolitik

Bei der Frage nach der Förderung von Frauenprojekten und der Dachverbandsarbeit ergibt wiederum ein ausgewogeneres Bild. Ein Großteil der Parteien spricht sich für eine Förderung von Frauenprojekten aus, mit Ausnahme der AfD und der SPD, die keine Angaben gemacht hat. Für eine „angemessene dauerhafte“ Förderung der Dachverbandsarbeit vertritt die Mehrheit (CDU, die Piraten, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen).

7) Offene geschlechtergerechte Gesellschaft. Aufbrechen von Rollenbildern

Die Parteien wurden gebeten drei Maßnahmen zur Bekämpfung von Alltagssexismus zu nennen. Die SPD und AfD gaben hierauf keine Antwort. Die übrigen sahen vor allem in der diskriminierungsfreien Werbung ein wirksames Mittel gegen Sexismus im Alltag. Bis auf die CDU und den Freien Wählern wurden weitere Vorschläge unterbreitete, wie z.B. „Dekonstruktion von Geschlechterstereotypen“ (Die Piraten) oder Schaffung von Regelwerken für eine respektvolle, nicht sexistische Kommunikation (Die Linke).

Ein geteiltes Bild ergab sich bei der Frage nach Maßnahmen zur Durchsetzung geschlechtergerechter Sprache: Während Die Linke, Die Piraten, Bündnis 90/Die Grünen sich dafür aussprachen, plädierten die CDU, FDP, AfD und die Freien Wähler dagegen.

Eine klare Einigkeit ergab sich bei der Bekämpfung häuslicher und sexualisierter Gewalt. Unisono sprachen sich alle 8 Parteien diesbezüglich Maßnahmen zu ergreifen. Auf die Frage nach deren Finanzierung ergaben sich jedoch unterschiedliche Formulierungen. Während die SPD für eine „auskömmliche“ Finanzierung eintritt, spricht die CDU von „angemessener“ Förderleistung. Die Linke plädiert für eine „Regelfinanzierung“, die Piraten optieren eine „bedarfsorientierte“ Förderung. Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen vorgeschlagen, z.B. die Schaffung von Männerhäusern (Die Piraten), flächendeckende und barrierefreie Angebote (Die Piraten) speziell auch für Frauen mit Behinderung und Migrantinnen (Bündnis 90/Die Grünen) oder die Förderung der Opferhilfe in Zusammenarbeit mit den offenen Trägern (FDP).

Schließlich schlugen die befragten Parteien unterschiedliche Maßnahmen vor, um tradierte Rollenbilder im Bereich der Bildung aufzubrechen. Die Varianten reichen von der Veranstaltung des Girls-/Boys-Day (CDU, FDP) über entsprechende Lehrerfortbildungen (Freie Wähler, FDP) bis hin zu Überarbeitung des Unterrichtsmaterials (Freie Wähler, Die Piraten, Bündnis 90/Die Grünen).